

ANZEIGE

## DIE WAHL DER FREIHEIT

In den Staatsrat



Sigrid Fischer-Willa

Oskar Freysinger

Nicolas Voide

Rechtsbürgerliches Bündnis

UNTERWALLIS

Flugshow  
abgesagt

**CRANS-MONTANA** | Wie der «Nouvelliste» berichtet, hat Bundesrat Guy Parmelin sich entschieden, eine Flugshow, die nächstes Wochenende in Crans-Montana hätte stattfinden sollen, abzusagen. Grund dafür ist ein Vorfall an der Ski-WM in St. Moritz. Dort riss ein PC-7-Flieger die Seilbahn-Kamera des Fernsehens zu Boden, worauf das herunterstürzende Kabel für kurze Zeit den Sessellift lahmlegte. Verletzt wurde dabei niemand; von mehreren Seiten gab es aber Kritik. Eine Untersuchung durch die Militärbehörden ist derzeit im Gange.

## Neues Start-up

**MONTHEY** | Das Walliser Start-up «Gnubiotics Sciences» will mit speziellen Nahrungsmitteln dem Übergewicht bei Hunden und Katzen den Kampf ansagen. Unterstützt wird das Jungunternehmen dabei von BioArk Monthey. Wie «Rhône FM» berichtet, steht die Finanzierung für die Produktion der Tiernahrung im Wallis bereits. Die Idee habe jedoch internationale Ambitionen, sind sich die Gründer sicher. Die positive Wirkung der auf Präbiotika basierenden Nahrung auf das Gewicht der Tiere fusst auf Forschungen amerikanischer Wissenschaftler.

Umstrittene  
Brücke

**LENS** | Der Bau einer metallenen Fussgängerbrücke bei der Suone «Bisse du Ro» sorgt für Unmut bei zwei Naturschutzorganisationen. Das Projekt, das eine 120 Meter lange Brücke vorsieht, wurde vom Kanton gutgeheissen. Die beiden Umweltorganisationen Landschaftsschutz Schweiz und Mountain Wilderness haben eine Beschwerde eingereicht und wollen den Fall vor Bundesgericht entschieden wissen. Die Gemeinde argumentiert, der Bau sei für die Sicherheit notwendig. Für die Umweltschützer ist klar, dass das Risiko bekannt ist und es daher keine zusätzliche Konstruktion braucht.

Wirtschaft | Studie der HES-SO zur Winterarbeitslosigkeit im Wallis nimmt Unternehmer in Schutz

## «Wir sind die Opfer»

**WALLIS** | Laut dem Walliser Baumeisterverband (WBV) wird der Kanton Wallis zu Unrecht wegen der hohen Winterarbeitslosigkeit in Verruf gebracht. Eine Studie der HES-SO bestätige, dass die Bauunternehmer die Arbeitslosenversicherung nicht missbrauchen würden.

Fest steht, dass der Kanton Wallis gegenüber dem Schweizer Durchschnitt eine hohe Winterarbeitslosigkeit (+31 Prozent im Jahr 2015) aufweist. Insbesondere das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wirft dem Baugewerbe vor, die Arbeitslosenversicherung auszunutzen. Folglich hat der WBV bei der HES-SO Wallis eine Studie in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, diesen Vorwurf vertieft und objektiv zu analysieren. Gestern wurden die Ergebnisse der Studie in Sitten vorgestellt. Dies durch Alain Métrailler, Präsident WBV, Serge Métrailler, Direktor WBV, sowie Valérie Barbey, HES-SO-Professorin und Leiterin der Studie.

**Klima als Hauptursache**  
Konkret wurde die Winterarbeitslosigkeit im Wallis mit jener in den Kantonen Graubünden und Tessin verglichen. «Zudem haben wir bei Walliser Unternehmern Informationen eingeholt, um die Ursachen der Winterarbeitslosigkeit offenzu-



**Rechtfertigung.** Alain Métrailler, Präsident WBV, flankiert von Serge Métrailler, Direktor WBV, und Studienleiterin Valérie Barbey: «Die Winterarbeitslosigkeit beruht auf objektiven Gründen. Es sind also nicht die Unternehmer, die aus Bequemlichkeit oder zum eigenen Vorteil zu dieser Situation beitragen.»

FOTO WBV

legen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen», erläutert Barbey. Alain Métrailler hält fest, dass die Winterarbeitslosigkeit im Bauhauptgewerbe im Wallis und in Graubünden stärker ausgeprägt ist als im Tessin: «Diese Situation ist in erster Linie mit ungünstigen Witterungsverhältnissen zu erklären. Das schlechte Wetter und die Kälte sind sehr oft die Hauptverantwortlichen für den Unterbruch der Arbeiten auf höher gelegenen Baustellen

während der Wintermonate.» Das Wallis sei besonders stark betroffen, da 40 Prozent der Arbeit der befragten Unternehmen in Tourismusstationen ausgeführt würden. Ein Viertel der Unternehmen sei sogar zu 80 Prozent in diesen Stationen tätig.

**Verfälschte Vergleiche**

Obwohl die klimatischen Bedingungen jedes Jahr unterschiedlich sind, ist bei der Winterarbeitslosigkeit eine gewisse

nügend. Erschwerend hinzu komme, dass die Gemeindefestlegungen die Arbeiten in Stationen während der Tourismussaison drastisch einschränken würden.

Wie Barbey ihrerseits weiter ausführt, kann die hohe Winterarbeitslosigkeit im Wallis teilweise auch damit erklärt werden, dass dort am wenigsten Grenzängerbewilligungen ausgestellt werden: «Konkret 4 Prozent gegenüber 18 Prozent in Graubünden und 50 Prozent im Tessin. Personen, die über eine solche Bewilligung verfügen, werden in den jeweiligen Kantonen nicht registriert, wenn sie Arbeitslosengeld beziehen.» Somit würden die interkantonalen Vergleiche verfälscht.

**Staffelung von Gemeindearbeiten hat Priorität**

Als Lösungsansätze schlägt Barbey insbesondere die Wiedereinführung der Kurzarbeit, den erleichterten Zugang zu Schlechtwetterentschädigungen sowie die Staffelung der Arbeiten vor. Serge Métrailler will sich für die Umsetzung der empfohlenen Lösungen einsetzen: «Für den WBV hat die Staffelung der Auftragsverfahren im Gemeindefestlegen dabei Priorität. Umso mehr, als dass ein entsprechendes Pilotprojekt in den Gemeinden Grimisuat, Collombey-Muraz und Leuk bereits überzeugende Ergebnisse liefern konnte.» **mk**

Quecksilber | Eigentümer der kontaminierten Grundstücke können aufatmen

## Parzellen werden aus Kataster gestrichen

**OBERWALLIS** | Bislang mussten Böden mit einer Quecksilberbelastung von 0,5 bis 2 Milligramm ins Kataster eingetragen werden. Nun liegt eine neue Lösung vor.

Die gut 600 betroffenen Besitzer im Raum Visp und Raron wurden durch den Kanton über die neue Vorgehensweise informiert. Diese sieht vor, dass Grundstücke, die oberhalb des Grenzwerts von 2 Milligramm Quecksilber pro Kilogramm Erde verschmutzt sind, saniert werden. Grundstücke mit tieferen Werten werden neu aus dem Kataster der belasteten Standorte gestrichen. Bislang galten Parzellen mit 0,5 bis 2 Milligramm als nicht sanierungsbedürftig, erhielten aber einen Eintrag.

Die neue Lösung hat sich laut Kanton nach längeren Untersuchungen und Gefährdungsabschätzungen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) ergeben.

Aufgrund der neuesten Untersuchungen geht man derzeit davon aus, dass rund hundert Parzellen in den Siedlungsgebieten von Visp und Raron ein Risiko aufweisen, oberhalb des Grenzwerts von zwei Milligramm zu liegen – obwohl bislang nicht als sanierungsbedürftig eingestuft. Diese Parzellen sollen deshalb im Frühling weiteren Untersuchungen unterzogen werden. Abhängig von den Resultaten werden sie entweder saniert oder ohne weitere Massnahmen aus dem Kataster gelöscht. Da bei weiteren 48 Parzellen bereits ausgeschlossen werden kann, dass sie den besagten

Grenzwert übersteigen, können diese sofort gestrichen werden.

**Motion bleibt aufrechterhalten**

Bei der IG Quecksilber freut man sich über die Lösung. «Wir sind zufrieden. Es wäre nicht korrekt, dass Leute, die nichts dafür können, einen wirtschaftlichen Schaden tragen müssen», erklärt Thomas Burgener, Co-Präsident der IG. Der Druck in den letzten Jahren und die Motion von Ständerat Beat Rieder und Nationalrat Mathias Reynard habe sich ausbezahlt. Nichtsdestotrotz gebe es noch offene Punkte zu diskutieren, wie etwa die Sanierung des Grossgrundkanals. Kritischer zeigen sich die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und der WWF Oberwallis. Die bisherigen Untersuchungen durch die Lonza AG

seien ungründlich gewesen. Man fordert intensive Nachuntersuchungen.

Rieder und Reynard fordern in ihrer Motion, dass der Grenzwert für einen Eintrag ins Kataster belasteter Parzellen von 0,5 auf 2 Milligramm angehoben werden soll. Zuletzt hatte sich der Bundesrat in seiner Antwort indes für eine Beibehaltung des Grenzwertes ausgesprochen. Die Debatte im Ständerat wird am 15. März stattfinden. «Die Motion wird beibehalten», erklärt Rieder auf Anfrage. «Noch ist nicht klar, ob alle angekündigten Schritte auch durchgezogen werden.» Rieder will sich deshalb bei der kantonalen Dienststelle und dem BAFU versichern. «Mit der Argumentation der Dienststellen müsste das Parlament die Motion erst recht überweisen. Es ist nun klar, dass der Eintrag im Kataster sinnlos ist.» **pmo**